

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

12.05.2026

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: VGF 099/26 - Erweiterung der Abstellanlage Römerstadt - Lärm- und Erschütterungsgutachten

Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Erweiterung der Abstellanlage Römerstadt - Lärm- und Erschütterungsgutachten
Für das Projekt „Erweiterung der Abstellanlage Römerstadt“ wurde eine standortbezogene UVP-Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt. Für das Projekt besteht nach jetzigem Stand keine UVP-Pflicht. Es wird jedoch empfohlen, dass aufgrund der relativen Nähe zur Geschwister-Scholl-Schule (ca. 40 m westlich der Baumaßnahme) eine Baulärmprognose zu erstellen ist, die den Anforderungen der AVV-Baulärm entspricht. Des Weiteren sind durch die erforderlichen Verdichtungsarbeiten für den Unterbau der geplanten Gleisanlagen bauzeitliche Erschütterungen nicht auszuschließen. Aufgrund der geringen räumlichen Entfernung der Rosa-Luxemburg-Straße, der Bestandsgleise der Stadtbahn sowie des Brückenbauwerks über die Nidda im Süden wird empfohlen den möglichen Einfluss durch Erschütterungen im Vorfeld mittels einer Bauerschütterungsprognose gemäß DIN 4150 näher zu untersuchen. Darüber hinaus soll auch für den künftigen Stadtbahnbetrieb eine Lärm- und Erschütterungsprognose durchgeführt werden.

Ort der Leistungserbringung:
60439 Frankfurt am Main

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 08.06.2026 Bis: 11.09.2026

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe/bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/bebc7799-0cca-42b1-8f91-c58d6fc7f69e>

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 27.05.2026 23:59:00
Bindefrist: 05.06.2026

11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

keine

12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

In den Projekteigenschaften wurde eingestellt, dass Angebote mit Skonto zulässig sind. Als Frist für die Zahlbarmachung wurden 14 Tage festgelegt.

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilhmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Der Bewerber/Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß §§ 31 Abs. 1, 33 Abs. 1 UVgO nach. Nachzuweisen sind nachfolgende Kriterien, wobei die Art der Nachweiserbringung in den Vergabeunterlagen angegeben wird. Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.

Zuverlässigkeit im Sinne von § 31 Abs. 1 UVgO in Verbindung mit §§ 123, 124 GWB

Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist.

Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz und § 19 Mindestlohngesetz.

1. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung

- Mindestdeckungssumme für Sach- und Vermögensschäden: ≥ 500.000 € (einfach maximiert p.a.)

- Mindestdeckungssumme für Personenschäden: $\geq 5.000.000$ € (zweifach maximiert p.a.)

2. Vorlage einer geeigneten Referenz über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen vergleichbar sind.

- Als vergleichbare Leistungen werden anerkannt:

Maßnahmen, die mit der vergebenen Leistung in Art und Höhe vergleichbar sind

3. Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und

Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

4. Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

5. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland

6. Allgemeine Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (HVA-L Vorlage 103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer)

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").

Bietergemeinschaften werden Einzelbieter gleichgesetzt, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank (Amtliche Verzeichnisse) für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (HPQR, AVPQ) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmen der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmen wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis